

Stand: 28.04.2026 17:09:23

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/5203

"Frieden in der Ukraine: Abschaffung der Gasspeicherumlage und Wiederaufnahme günstiger Gasimporte - jetzt!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/5203 vom 26.02.2025
2. Beschluss des Plenums 19/5446 vom 27.02.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 43 vom 27.02.2025
4. Plenarprotokoll Nr. 43 vom 27.02.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 44 vom 11.03.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier** und **Fraktion (AfD)**

Frieden in der Ukraine: Abschaffung der Gasspeicherumlage und Wiederaufnahme günstiger Gasimporte – jetzt!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird – auch im Interesse der bayerischen Wirtschaft – aufgefordert,

- sich auf Bundes- und EU-Ebene für die Unterstützung der Friedensbemühungen der USA in der Ukraine einzusetzen,
- im Falle eines Friedens in der Ukraine sich auf Bundes- und EU-Ebene für die sofortige Aufhebung der Russland-Sanktionen sowie für die Wiederaufnahme günstiger Gaslieferungen aus Russland über alle möglichen Versorgungslinien, einschließlich der Reparatur und Wiederinbetriebnahme von Nord Stream, einsetzen,
- im Falle eines Friedens in der Ukraine sich auf Bundesebene für die sofortige Abschaffung der Gasspeicherumlage einzusetzen.

Begründung:

Trotz der geopolitischen Spannungen während des Kalten Krieges und der NATO-Osterweiterung waren günstige Gaslieferungen aus Russland seit der Ölkrise der 1970er Jahre bis zum Regierungsantritt der Ampel-Koalition eine der wesentlichen Grundlagen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und bayerischen Industrie.

Die Abhängigkeit von russischem Erdgas war kritisch zu hinterfragen. So belief sich dessen Anteil an den deutschen Erdgasimporten am 1. Januar 2022 auf 42 Prozent. Allerdings hat sich diese Abhängigkeit vom Ausland nicht verringert, sondern lediglich verlagert: Im Jahr 2024 stammt bereits 45 Prozent der deutschen Erdgasimporte aus den USA – ein noch höherer Abhängigkeitsgrad, der ebenfalls kritisch betrachtet und reduziert werden muss.

Während russisches Pipelinegas vergleichsweise günstig und umweltschonender war, stellt amerikanisches LNG eine teurere und umweltschädlichere Alternative dar. Bereits vor 2022 lag der Preis für US-LNG laut OMV um 50 Prozent höher als der von russischem Pipelinegas. In der Dekade 2010 bis 2019 lag der russische Erdgaspreis für Deutschland bei durchschnittlich 16 bis 18 Euro pro MWh. Der aktuelle Preis an der europäischen Großhandelsbörse beträgt 50 Euro pro MWh – mehr als das Dreifache.

Die Sanktionen der EU und die damit verbundene Einstellung direkter Gaslieferungen aus Russland hatten gravierende Auswirkungen auf die deutsche und bayerische Wirtschaft: Der durchschnittliche Erdgaspreis für Nicht-Haushalte stieg von 39 Euro/MWh in 2019 auf 69 Euro/MWh in 2024. Vor Steuern und Abgaben lag der Preisanstieg bei 27 Euro/MWh auf 51 Euro/MWh. Auch deshalb ist der Produktionsindex des Verarbeitenden Gewerbes im Vergleich zum Vorkrisenniveau um mehr als 25 Prozent eingebrochen. Laut einer Umfrage der DIHK plant jeder vierte Industriebetrieb und jeder zweite

deutsche Großkonzern eine Verlagerung der Produktion ins Ausland. Besonders betroffen ist die energieintensive Chemieindustrie in Bayern. Seit Januar 2022 wurden Betriebsschließungen mit einem möglichen Verlust von über 42 000 Industriearbeitsplätzen in Bayern verkündet.

Um die durch den Verzicht auf russisches Gas entstandene Volatilität der Gasversorgung auszugleichen, hatte die Ampelregierung per Verordnung – ohne Abstimmung im Bundestag – die sogenannte Gasspeicherumlage eingeführt. Diese hat sich zu einer massiven wirtschaftlichen Belastung für Unternehmen entwickelt. Bei der Einführung im Oktober 2022 betrug die Umlage 0,59 Euro/MWh. Seither wurde sie in vier Stufen auf 2,99 Euro/MWh erhöht – eine Verfünfachung. Zum 1. Juli 2024 droht eine Verdreifachung auf 9 Euro/MWh, was für viele Unternehmen existenzbedrohend wäre. In einigen Betrieben könnte die Umlage bis zu 15 Prozent des Umsatzes ausmachen.

Die Gasspeicherumlage erhöht die Energiekosten weiter, da die Trading Hub Europe GmbH mit unbegrenzten finanziellen Mitteln Gas auf dem Markt einkaufen kann. Eine Parallele zur EEG-Umlage ist offensichtlich: Ähnlich wie die einst als geringfügig deklarierte Ökostromabgabe, entwickelt sich auch die Gasspeicherumlage zu einer dauerhaften Belastung für unsere Gesellschaft.

Die Gasspeicherumlage wurde eingeführt, um die Wiederauffüllung und den Stand der Erdgasspeicher in Deutschland zu finanzieren. Dennoch hat sie dieses Ziel verfehlt, denn im Januar 2025 lag der Füllstand der deutschen Gasspeicher mit 67 Prozent deutlich unter den Vorjahreswerten von 82 Prozent im Januar 2024 und 87 Prozent im Januar 2023.

Insgesamt kosten die EU-Sanktionen gegen Russland die deutsche Wirtschaft im Durchschnitt mindestens 0,66 Prozent des Bruttoinlandsprodukts pro Jahr, was 27,7 Mrd. Euro oder 662 Euro pro Haushalt entspricht.

Die Friedensinitiative der Trump-Administration ist Chance für eine energiepolitische Kehrtwende in Deutschland. Die Trump-Regierung plant, den Krieg in der Ukraine durch Waffenstillstandsverhandlungen zu beenden. Die diplomatische Friedenslösung und eine Beendigung der amerikanischen Waffenlieferungen an die Ukraine soll die Grundlage für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen dem Westen und Russland schaffen.

Der US-Präsident hat erklärt, dass er in ernsthaften Gesprächen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin über bedeutende Wirtschaftsvereinbarungen zwischen den Vereinigten Staaten und Russland steht, die unter anderem beinhalten könnten, dass US-Unternehmen bald wieder in Russland Geschäfte tätigen dürfen, insbesondere die gemeinsame Exploration von Seltenen Erden.

Es ist sowohl moralisch als auch im deutschen nationalen Interesse dringend geboten, dass die EU, die Bundesregierung und der Freistaat Bayern diese Friedensinitiative unterstützen, und, im Falle einer Friedenslösung, die Sanktionen gegen Russland umgehend aufheben. In diesem Zusammenhang muss die Möglichkeit geprüft werden, durch eine Reparatur der Nord Stream-Pipelines sowie alternative Transportwege wieder günstiges russisches Gas nach Deutschland zu importieren. Solch eine Diversifizierung der Gaslieferungen würde die Abhängigkeit von teurem US-LNG verringern und die Energieversorgung stabilisieren. In Folge muss die teure und ineffiziente Gasspeicherumlage umgehend abgeschafft werden, was die hohen Energiekosten für die Industrie senken und damit den Wirtschaftsstandort Bayern wieder stärken würde.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/5203

Frieden in der Ukraine: Abschaffung der Gasspeicherumlage und Wiederaufnahme günstiger Gasimporte – jetzt!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Oskar Lipp

Abg. Alex Dorow

Abg. Ulrich Singer

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Oskar Atzinger

Abg. Florian von Brunn

Abg. Tim Pargent

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun rufe ich noch den Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Frieden in der Ukraine: Abschaffung der Gasspeicherumlage und Wiederaufnahme günstiger Gasimporte - jetzt! (Drs. 19/5203)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Herrn Kollegen Oskar Lipp das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, – –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich darf Sie noch kurz darüber informieren – sorry, Herr Kollege –, dass die AfD namentliche Abstimmung zu dem Antrag beantragt hat.

(Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Sie können sich darauf einstellen. – Jetzt haben Sie das Wort, Herr Lipp.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Die Ampel-Regierung führte per Verordnung ohne Abstimmung im Bundestag in antirussischer, aber doch in sowjetischer Manier, die Gasspeicherumlage ein. Diese Maßnahme aus Berlin ist zur dauerhaften Belastung für Bürger und Unternehmen in Bayern und Deutschland geworden. Seit ihrer Einführung im Jahr 2022 hat sich die Gasspeicherumlage mehr als verfünffacht, und sie droht weiterhin exorbitant anzusteigen. Für energieintensive Betriebe, von denen wir sehr viele in Bayern haben, ist diese Umlage bedauerlicherweise existenzbedrohend. Das ist ein unerträglicher Zustand, durchgeboxt mit der ökosozialistischen Faust in Berlin.

(Florian von Brunn (SPD): Haben Sie für den Antrag Geld aus Moskau bekommen?)

Die Folgen sind dramatisch. Die Industrieproduktion ist um über 25 % eingebrochen. – Das sollten Sie als ehemalige Arbeiterpartei auch wissen. –

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Jeder vierte Industriebetrieb und jeder zweite Großkonzern in Deutschland plant die Abwanderung, meine Damen und Herren. Wir dürfen hier nicht länger zusehen, wie unser Wirtschaftsstandort zerstört wird. Es ist jetzt Zeit für eine radikale Kehrtwende. Die Sanktionen müssen weg.

(Beifall bei der AfD)

Doch die Bundesregierung steckt fest in ihrer Angst vor dem Frieden in der Ukraine.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Deutschland aber braucht jetzt mutiges Handeln aus echter Verantwortung für unsere bayerischen und deutschen Interessen.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Auch Bayern muss endlich konsequent seine wirtschaftlichen Interessen gegenüber Berlin und Brüssel vertreten. Oder müssen wir Deutschen wieder einmal auf den großen Bruder, nämlich die USA, hoffen? – Die Friedensinitiative der Trump-Administration eröffnet uns hier eine große Chance für die energiepolitische Kehrtwende. Ziel ist ein Waffenstillstand in der Ukraine, das Ende der US-Waffenlieferungen und eine Wiederannäherung des Westens an Russland. Auch Deutschland muss diese Gelegenheit nutzen.

Wir von der AfD fordern erstens direkte Verhandlungen mit Putin. Der US-Präsident strebt offensichtlich wirtschaftliche Vereinbarungen an. US-Unternehmen sollen wieder

Geschäfte in Russland treiben können, insbesondere auch bei der Exploration Selte-
ner Erden. Dort ist es voraussichtlich morgen so weit. Dort werden Verträge unterzeich-
net. Trumps jüngster Deal war erst der Anfang. Auch Deutschland muss jetzt aktiv
werden. Wir dürfen nicht abgehängt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Zweitens. Die Sanktionen müssen aufgehoben werden, und das russische Gas muss
wieder durch die Pipelines zu unseren Wirtschaftsstandorten Deutschland und Bay-
ern fließen. Die EU, die Bundesregierung und Bayern müssen diese Initiative der
US-Regierung unterstützen und im Friedensfall die Russland-Sanktionen umgehend
beenden. Wir sollten uns hier auch die Frage stellen, ob die Aufhebung einiger der
unzähligen Sanktionspakete auch einen Beitrag zum Friedensschluss leisten könnte.

Drittens. Wir müssen die wirtschaftliche Zusammenarbeit wiederherstellen. Wie wir
wissen, ist Russland weltweit ein zentraler Rohstofflieferant. Ohne bezahlbare Energie
und Rohstoffe kann Bayern seine industrielle Basis auf Dauer nicht halten. So ehr-
lich müssen wir sein. Die Sanktionen haben vor allem unserer Wirtschaft geschadet.
Deutschland muss jetzt aus der Sackgasse der Sanktionen heraus. Die neue Bundes-
regierung in Berlin hat die Chance, sich zu beweisen. Jetzt ist die Zeit für Frieden, für
Wirtschaftswachstum und für sichere Energieversorgung.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist Herr Kollege
Alex Dorow für die CSU-Fraktion.

Alex Dorow (CSU): Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nehmen
Sie es mir nicht übel, aber manche Anträge sind derart geschichtsvergessen und
sicherheitspolitisch blank, dass es schwerfällt, sachlich zu bleiben. Ich werde das
trotzdem versuchen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Der Antrag der AfD zur Wiederaufnahme russischer Gasimporte und zur Abschaffung der Gasspeicherumlage ist nicht nur kurzfristig, sondern er ist schlicht gefährlich. Er blendet alle geopolitischen Realitäten aus, er ignoriert die energiepolitischen Lehren der letzten Jahre, und er setzt auf eine vermeintlich bequeme und günstige Lösung, die unser Land aber erneut in eine Abhängigkeit treiben würde – in Abhängigkeit nicht von irgendwem, sondern von einem russischen Despoten, der von der Idee besessen ist, mindestens den alten Sowjet-Status wiederherzustellen, aber nach Möglichkeit auch, wenn auch nicht zwingend militärisch, sich Westeuropa wieder machtpolitisch einzuverleiben.

Ich will versuchen zu begründen, warum wir dies nicht unterstützen können:

Erstens. Wir dürfen die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Die massive Abhängigkeit von russischem Gas war über Jahrzehnte hinweg sehr bequem. Das war auch günstig; diesen Schuh müssen wir uns anziehen. Wie wir heute wissen, war das aber ein energiepolitischer Blindflug. Deutschland hat sich in eine einseitige Abhängigkeit von Putins Russland begeben und spätestens seit 2022 merken müssen, dass Energie eben nicht nur eine wirtschaftspolitische, sondern auch eine sicherheitspolitische Frage ist.

Kolleginnen und Kollegen, die Vorstellung, dass Russland nach einem möglichen Waffenstillstand in der Ukraine, der noch nicht einmal besteht, wieder ein verlässlicher Partner wird, ist grenzenlos naiv. Wir müssen erst einmal sehen, wie dieser Waffenstillstand aussehen wird. Wer einmal Gaslieferungen als geopolitische Waffe eingesetzt hat, der wird das wieder tun. Russland hat selbst entschieden, seine Lieferungen nach Europa zu drosseln, um politischen Druck auszuüben. Das haben Sie gerade unter den Tisch fallen lassen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum sollte es diesmal anders sein? Vertrauen ist keine Frage des Preises, sondern eine Frage der Verlässlichkeit.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Russland hat mit dem kriminellen Krieg, den es aktuell führt, jedes Vertrauen verspielt.

Zweitens. Ich möchte Ihnen eine aktuelle Vorstellung über die Anteile der Gasversorgung Deutschlands geben, weil Herr Kollege Lipp gesagt hat, wir würden in eine neue Abhängigkeit von den USA geraten. Im Januar 2025 hat Deutschland 50,1 % seines Gasbedarfs aus Norwegen bezogen und 37 % aus den Ländern Belgien, Niederlande, Frankreich, Dänemark und Großbritannien. 5,7 % stammten aus inländischer Förderung. Unter 5 % stammten aus den USA, aus Angola und Ägypten. Sie argumentieren, Deutschland sei durch den Umstieg auf amerikanisches Flüssiggas nicht unabhängiger geworden, sondern habe sich nur in eine neue Abhängigkeit begeben. Diese Aussage ist so schlicht falsch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der entscheidende Unterschied liegt in der Diversifizierung der Energiequellen. Ja, LNG aus den USA ist noch ein kleiner Baustein unserer Energieversorgung. Deutschland hat aber in den letzten zwei Jahren massiv in alternative Lieferländer und in erneuerbare Energien investiert. Wir haben uns viel stärker mit europäischen Partnern vernetzt. Unsere Versorgung basiert heute nicht mehr nur auf einem einzigen Lieferanten, sondern auf einem globalen Netzwerk plus erneuerbaren Energien. Genau das ist der Schlüssel zur Energiesicherheit, nämlich Vielfalt statt Einseitigkeit, zu der Ihr Dringlichkeitsantrag zurückkehren will.

Drittens. Frieden erreicht man nicht durch Kapitulation vor einem Aggressor. Die AfD verknüpft die Frage der Gasimporte mit Friedensverhandlungen in der Ukraine, und das über die Köpfe der Angegriffenen und aller europäischen Anlieger hinweg. Das ist nicht nur moralisch problematisch. Ich möchte aber jetzt die Moral bewusst außen vor lassen. Das ist auch sicherheitspolitisch dilettantisch und falsch. Frieden entsteht nicht durch das Aufheben von Sanktionen gegen einen Aggressor, sondern, wie das die Geschichte zeigt, durch klare Prinzipien, durch Wehrhaftigkeit, durch Nichterpressbarkeit und durch eine vernünftige Sicherheitsstrategie.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Russland finanziert seinen Krieg und seine Kriegswirtschaft aus Exporterlösen. Das sollten wir bitte nicht vergessen. Insbesondere erfolgt die Finanzierung aus dem Energiegeschäft. Wer fordert, Russland diese Einnahmequelle wieder zu öffnen, der spielt mit der Stabilität und der Sicherheit ganz Europas. Wer glaubt, dass ein russischer Diktator seine Kriegsziele aufgibt, wenn er wirtschaftlich gestärkt wird, der hat aus der Geschichte wahrlich nichts gelernt.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Vierter und letzter Punkt. Sie haben in Ihrer Begründung die Gasspeicherumlage angeführt. Ja, sie ist für unsere Wirtschaft eine schwere Belastung. Das ist keine Frage. Sie ist aber auch ein notwendiges Instrument, das jetzt reformiert werden muss. Die Gasspeicherumlage belastet aktuell noch die Wirtschaft, aber sie war notwendig, um die Versorgungssicherheit in einer kritischen Phase zu gewährleisten. Die Alternative wäre eine Energiekrise mit unkontrollierbaren Preissprüngen gewesen. Die Gasspeicherumlage ist übrigens bis zum Jahr 2027 begrenzt.

Ich gebe Ihnen recht: Natürlich müssen wir darüber sprechen, wie dieses System verändert und weiterentwickelt werden kann. Das Ziel muss es sein, die Umlage und damit die Preise schrittweise zu senken und effizienter zu gestalten. Die Gasspeicherumlage jetzt abrupt abzuschaffen, und das auf einem nicht tragfähigen Boden und ohne tragfähige Alternativen, würde unsere gesamte Versorgungssicherheit erneut gefährden.

Meine Damen, meine Herren, der Antrag der AfD ist eine energiepolitische Rolle rückwärts. Er ist ein sicherheitspolitisches Desaster. Er bietet keine nachhaltige Lösung, sondern nur eine bequeme Rückkehr zu alten Fehlern. Fehler kann man einmal machen, aber sie dann zu wiederholen wäre eine Dummheit. Deutschland hat in den letzten Jahren gezeigt, dass es sich aus Abhängigkeiten befreien kann. Diesen Fortschritt sollten wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen, schon gar nicht durch eine

Maxime, die da lautet: Wir füttern das Krokodil, das uns fressen will, in der Hoffnung, dass wir dafür zuletzt gefressen werden. Wir lehnen den Dringlichkeitsantrag ab.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Singer von der AfD vor.

Ulrich Singer (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Dorow, auch wir wollen uns nicht in die Abhängigkeit von Gas aus Russland begeben.

(Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen vielmehr eine Diversifizierung der Energiequellen erreichen. Wir sind für einen gesunden Mix aus Atomstrom, Kohleenergie und eben auch Gas. Es ist wichtig, dass Deutschland sehr günstige Energie erhält. Wir brauchen billiges Gas aus Russland, das uns über Jahrzehnte hinweg immer zuverlässig geliefert wurde. Selbst auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges haben wir aus Russland zuverlässig Gas bekommen. Wir könnten auch jetzt billiges russisches Gas bekommen.

Was spricht dagegen, dass wir billiges russisches Gas kaufen und dafür teure deutsche Autos nach Moskau verkaufen? Dort sind jetzt chinesische Autos auf der Straße, und unsere Wirtschaft leidet, weil sie keine Fahrzeuge absetzen kann. Wir sprechen hier von einem Wirtschaftswachstum in der Größenordnung von 0,5 %, das wir quasi sofort generieren könnten, wenn wir den Handel mit Russland wieder aufnehmen würden. Billiges Gas gegen teure deutsche Autos.

Lassen Sie uns wieder den Dialog mit Russland suchen. Der Krieg in der Ukraine wird hoffentlich aufgrund der Bemühungen auch von Amerika bald vorbei sein. Spätestens dann brauchen wir wieder eine verlässliche Partnerschaft mit dem Osten.

Alex Dorow (CSU): Herr Kollege Singer, das Schlüsselwort in Ihrer Rede war das Wort "hoffentlich". Sie bauen auf etwas, was hoffentlich bald kommt.

Sie haben von billiger Energie gesprochen. Die teuerste Energie ist diejenige, die uns an einen Aggressor ausliefert, der nicht bereit ist, zurückzuziehen, und der nicht zu Friedensverhandlungen bereit ist, bei der andere Partner einbezogen werden. Er führt lediglich Verhandlungen mit einem anderen Partner, nämlich den USA. Dabei geht er über die Köpfe der Betroffenen hinweg.

Mit solchen Leuten paktiert man nicht. Das ist keine günstige Energie, sondern gefährliche Energie, und der liefern wir uns nicht aus.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dorow. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Benjamin Adjei für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sehen, die fünfte Kolonne Moskaus fängt wieder an zu rollen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich blicke auf das Ende des Jahres 2021 zurück, als Russland systematisch die deutschen Gasspeicher geleert hat, um einen Angriffskrieg auf die Ukraine vorzubereiten, der dann im Februar 2022 begonnen wurde. Es sollte Druck auf Deutschland und auf Europa ausgeübt werden, indem für den Fall einer Unterstützung der Ukraine der Gashahn zugelehrt würde. Und was hat Wladimir Putin gemacht, als sich Europa trotzdem solidarisch hinter die Ukraine gestellt hat? – Er hat zuerst die Gasfördermenge reduziert und das Gas am Ende komplett abgestellt. Dies hatte große Herausforderungen für unsere Wirtschaft und für die Menschen in Deutschland und in Europa zur Folge. Wir haben nur mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung diesen schweren Winter überstehen können.

Jetzt kann man sich überlegen, wie man auf solche Entwicklungen reagiert. Wenn ich fünf Sekunden darüber nachdenke, ist die einzige Antwort, wie Herr Kollege Dorow es

auch gerade gesagt hat: Wir dürfen geostrategisch nie wieder so abhängig von einem aggressiven Kriegsherrn wie Wladimir Putin sein.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Antwort der AfD darauf ist genau das Gegenteil. Man will sich wieder von Wladimir Putin abhängig machen. Spannenderweise wird dann darauf verwiesen, dass dies ja gut für die Wirtschaft wäre. – Reden wir doch mal mit Unternehmerinnen und Unternehmern, die im Jahr 2022 versucht haben, irgendwie mit der Gasmangellage umzugehen. Wenn ich mit den Unternehmerinnen und Unternehmern rede, sagen alle: Wir brauchen die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Russland und anderen autoritären Staaten. In diesem Bereich hat die Bundesregierung in den letzten Jahren unglaublich nachgelegt, um insbesondere die erneuerbaren Energien in Deutschland auszubauen.

Ein patriotischer Gesichtspunkt: Damit bleibt das Geld, das man für die Energie ausgibt, in Deutschland und in Europa. Das ist besser, als Milliarden nach Russland zu transferieren, um damit am Ende wieder die Kriegskasse aufzufüllen. Das ist doch genau das, was Sie mit diesem Antrag eigentlich wollen. Sie wollen einerseits mit diesem Antrag die geopolitische und geostrategische Abhängigkeit Europas von Russland verstärken. Auf der anderen Seite wollen Sie, dass wir den nächsten Angriffskrieg Russlands finanzieren, indem wir Milliarden für Gas- und Öllieferungen nach Russland transferieren. Genau das schadet am Ende Deutschland. Deshalb sind Sie eine Gefahr für Deutschland und die Menschen in diesem Land. Deswegen werden wir diesen Antrag natürlich ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Adjei. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Adjei, gestatten Sie, dass ich Ihnen zunächst ein Kompliment mache. Heiner Geißler hat Anfang der 1980er-Jahre die Friedensbewegung, die damals noch stark grün unterwandert war, als fünfte Kolonne Moskaus bezeichnet und dafür starke Kritik einstecken müssen. Heute gebrauchen Sie diesen Begriff völlig zu Recht gegen die heutige sogenannte Friedensbewegung, die moskauhörige Truppe der AfD.

Jetzt möchte ich schon gegenüber Rechtsaußen feststellen: Sie bezeichnen sich als deutsche Patrioten

(Zuruf von der AfD: Wir sind es!)

und werfen sich dem gefährlichsten Feind, den Deutschland derzeit auf der Welt hat, hemmungslos an den Hals.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD –
Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Ihr seid keine Alternative für Deutschland, ihr seid auch keine Patrioten, ihr seid eine existenzielle Gefahr für Deutschland.

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Das haben wir bei der Wahl gesehen!)

Leider ist es bislang noch nicht ausreichend gelungen, den Menschen klarzumachen, wofür Sie wirklich stehen.

(Zurufe von der AfD)

Sie wollen mit einem Aggressor Verträge abschließen, der ein Land angreift und zu unterjochen versucht, das unsere Werte und unsere Freiheit verteidigt, die Ukraine. Würden Sie auch billige Waren von einem Land kaufen, von dem Sie wissen, dass dafür Menschen in Zwangsarbeit und Sklaverei arbeiten müssen? – Das ist genau das Gleiche.

(Unruhe bei der AfD)

Das ist exakt das Gleiche. Kein Mensch würde einen solch irrwitzigen Gedanken fassen, das tut nur die AfD.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben andere Herausforderungen. Wir stehen vor der Herausforderung, uns kriegstüchtig zu machen, dass wir endlich in der Realität ankommen. Ich bin sehr froh, dass im demokratischen Spektrum alle Parteien inzwischen erkannt haben, wo die Reise hingehen muss. Es ist bezeichnend, dass die Ränder rechts und links, die AfD, ihre Schwesterpartei BSW und ihre neuen Freunde von der Linken, antipatriotische Politik für Moskau und gegen unser Land machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD –
Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo, Bernhard!)

Man kann sich in Sachfragen unterschiedlich aufstellen. Das ist überhaupt keine Frage. Aber wenn man sich in ein deutsches Parlament wählen lässt, dann sollte man tatsächlich deutsche Interessen wahrnehmen.

(Unruhe bei der AfD)

Wenn ausgerechnet Sie dann auch noch lamentieren, dass es in Deutschland zu viele Flüchtlinge gibt, dann frage ich mich, woher diese Flüchtlinge denn kommen. Sie kommen aus der Ukraine – euer Freund greift die Ukraine an –, sie kommen aus Syrien – der Freund eures Freundes, Assad, hat dieses Land zugrunde gerichtet usw. usf. Es sind eure Freunde, die dafür verantwortlich sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD –
Unruhe bei der AfD)

Ich finde es sehr bedauerlich, dass der amerikanische Präsident momentan mit dem Schicksal der Ukraine spielt, um eigene wirtschaftliche Interessen zu bedienen. Ich

finde es auch deswegen bedauerlich, weil es Verträge gibt. So viel zum Thema, dass man mit Putin mal Verträge machen könnte. Es bestehen Verträge. Haben Sie schon einmal vom Budapester Memorandum 1994 gehört? – Ja, ich weiß, da gähnen Sie, das passt Ihnen nicht ins Konzept. 1994 hat die Ukraine ihre Atomwaffen abgegeben und im Gegenzug Sicherheitsgarantien von Moskau und Washington erhalten. Russland hat sich verpflichtet, die territoriale Integrität der Ukraine zu achten, und hat Bündnisfreiheit zugesichert. Das ist die Wahrheit. Heute führt sich Putin auf und sagt, die mögliche Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO sei eine Provokation; er hält sich nicht an Verträge. Mit solchen Leuten wollen Sie Verträge abschließen. Meine Damen und Herren, das ist irrsinnig, gegen die Interessen Deutschlands und für eine Partei, die sich patriotisch schimpft, eine Schande.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der AfD)

Sie wissen vielleicht aus dem Haushaltsausschuss, dass es bei manchen Anträgen der Opposition von mir den Begriff der wertschätzenden Ablehnung gibt. Hier kann ich nur sagen: Es muss eine verachtende Ablehnung dieses Antrags geben.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Pohl, bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Es gibt noch eine Zwischenbemerkung aus den Reihen der AfD von Herrn Abgeordneten Atzinger. – Er hat sich als Erster gemeldet, Herr Huber, Sie sind also nicht dran, außer Sie einigen sich. – Herr Atzinger, Sie haben das Wort.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bernhard, du bekommst Nachschlag!)

Oskar Atzinger (AfD): Herr Kollege Pohl, die größte Gefahr für den Frieden in Europa ist die aggressive und imperialistische Politik der NATO.

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Schämt euch!)

Warum leugnen Sie dies und verteidigen hier auch noch die Feinde des deutschen Volkes?

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Abgeordneter Pohl, Sie haben das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Atzinger, für solche Sätze werden Menschen in Deutschland völlig zu Recht fristlos aus dem Beamtenverhältnis entlassen, weil sie damit ihre verfassungsfeindliche Gesinnung dokumentieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Das ist bei Ihnen aber nicht verwunderlich. Ich habe mir sagen lassen, dass Sie vor etlichen Jahren einmal aus der Partei "Die Republikaner" hinausgeschmissen wurden, weil Sie selbst denen zu rechtsradikal waren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Jetzt hat Herr Kollege Florian von Brunn für die SPD-Fraktion das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen von den demokratischen Fraktionen! Ich habe mich immer gefragt, bei wem die AfD lieber auf dem Schoß sitzt, bei wem sie den tieferen Bückling macht, beim Diktator und Kriegsverbrecher Putin oder bei dem angehenden Autokraten Trump.

(Widerspruch bei der AfD)

Ich glaube, der heutige Antrag zeigt: Sie sind diejenigen, die Putin huldigen. – Das ist auch kein Zufall. Wir wissen, dass im Moment ein Verfahren zur Immunitätsaufhebung gegen Herrn Bystron läuft, der sich ins Europäische Parlament geflüchtet hat. Gerade vor zwei Tagen hat die britische Staatsanwaltschaft Anklage gegen einen Vertrauten von Herrn Krah erhoben, Herrn Oleg Voloshin, der russischer Spion sein soll. Ihr Herr Moosdorf pflegt beste Kontakte nach Moskau. Aus dieser Fraktion sind Herr Singer, Frau Roon und Herr Jurca nach Moskau gepilgert, um Herrn Putin Demokratie zu bescheinigen. Das muss man sich einmal vorstellen. Die Schleimspur, die Sie nach Moskau ziehen, und die Geldspuren, die zurückkommen, sind Belege dafür, warum Sie diesen Antrag heute stellen.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Vorhin habe ich den Zuruf gemacht: Haben Sie für den Antrag Geld aus Moskau bekommen? – Das war natürlich ironisch gemeint. Ich glaube, das liegt doch gar nicht so weit weg von der Wahrheit. Ich sage Ihnen aber mal, wohin diese Politik, die Sie da vertreten, führen würde. Das hat nicht nur sicherheitspolitische Konsequenzen. Sie leugnen konsequent die Klimaerhitzung. Sie wollen unsere Zukunft verheizen. Das ist es, was Sie wollen. Sie wollen Putin die Möglichkeit geben, die nächsten Kriege und die nächsten Verbrechen zu finanzieren, indem Sie wieder Gas von ihm kaufen. Was macht denn Wladimir Putin mit dem Geld? – Er greift andere Länder an. Er stabilisiert seine Diktatur. Er führt hybride Kriege gegen uns. Er destabilisiert Deutschland. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, dieser Antrag zeigt doch eines: Die AfD steht für einen doppelten Verrat: Sie steht für den Verrat an unserer Zukunft – Stichwort: Klimaschutz –, und sie steht für den Verrat an den sicherheitspolitischen Interessen unseres Landes. Sie sind eine Alternative für Russland, aber keine Alternative für Deutschland.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Florian von Brunn. – Jetzt hat sich noch einmal Herr Abgeordneter Lipp für die AfD zu Wort gemeldet, bevor wir zur persönlichen Erklärung von Herrn Atzinger kommen.

(Zurufe von der AfD)

Gibt es eine Zwischenbemerkung? – Nein, eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung ist nicht bei mir angekommen.

(Zurufe von der AfD: Da steht es doch!)

Florian von Brunn (SPD): Totales Chaos auf der rechten Seite.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nein, das Chaos bin jetzt im Moment ich. – Herr Köhler, wollen Sie eine Zwischenbemerkung machen? – Sie haben aus Versehen gedrückt? – Na also, okay. Es gibt keine Zwischenbemerkung von der AfD. Dann habe ich das doch richtig gesehen. – Vielen Dank, Herr von Brunn. Damit ist auch Ihre Rede zu Ende.

Wir kommen zum nächsten Wortbeitrag von Herrn Abgeordneten Lipp. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Beifall bei der AfD – Der Abgeordnete Oskar Lipp (AfD) öffnet eine Flasche Wasser am Rednerpult – Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Oh!)

Oskar Lipp (AfD): Liebe Kollegen, ich brauche noch ein bisschen Zeit.

(Florian von Brunn (SPD): Ist das Wodka?)

– Nein, das ist Wasser.

(Unruhe)

Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuschauer auf der Tribüne und zu Hause, im Livestream oder später auch in der Mediathek!

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Oh!)

Noch ein paar Anmerkungen – das kann man so nicht stehen lassen, teilweise waren das dramatische Unwahrheiten. Russland hat in der Vergangenheit immer Gas geliefert, auch während des Kalten Krieges. Das sind Fakten, die Sie gerne nachrecherchieren können. Wir selbst – also nicht wir, sondern Sie – haben uns im EU-Parlament von der Gasversorgung abgeschnitten und damit unserer Industrie wirklich massiv geschadet. Dafür sollten Sie sich schämen und Verantwortung tragen.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, das war nicht der böse Russe. Deutschland ist von den USA durch LNG-Gas nach wie vor abhängig. Das heißt, wir haben eine Abhängigkeit durch die andere Abhängigkeit getauscht. Das ist nicht gerade förderlich.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie setzen Russland mit den Vereinigten Staaten gleich?)

– Sehr geehrter Herr Pohl, darauf gehe ich später noch ein.

Was wir wollen, ist eine Diversifizierung der Gaslieferanten. Die Mehrheit der Deutschen und die Mehrheit der Ukrainer wollen laut Umfragen den Frieden. Was die Leute nicht wollen, ist Krieg. Aber Sie wollen das.

(Beifall bei der AfD – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Was die Leute nicht wollen, ist überfallen werden!)

Wer nichts gelernt hat, ist die Union, meine Damen und Herren. Ich habe mal draufgeschaut, es gibt ja einen X-Kanal von Herrn Musk. Da haben Sie ja groß angekündigt, teilweise die Staatsminister, die jetzt nicht anwesend sind, sie ziehen sich da medial

aufmerksam zurück. Aber nach wie vor sind doch einige noch auf "X" aktiv. So hat die Union – ich zitiere mal – eine schöne Kachel, nicht in den Farben schwarz, rot, gold, sondern in den Farben gelb und blau gepostet: "Die Ukraine muss den Krieg gewinnen." – Das war am Montag, 24. Februar 2025. Da frage ich mich: Haben Sie nicht mitbekommen, was hinter den Kulissen läuft? Das kommt sogar auf "N-tv". Es gibt Friedensverhandlungen zwischen den USA und Russland. Sie sabotieren das. Meine Damen und Herren, Sie wollen weiterhin den Endsieg.

(Beifall bei der AfD – Lebhafter Widerspruch bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Unglaublich! Unerhört! – Martin Wagle (CSU): Das ist eine Entgleisung!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Abgeordneter Lipp, ich rufe Sie zur Ordnung. Der Begriff "Endsieg" ist unsäglich und hat hier im Hohen Hause nichts verloren. Besinnen Sie sich!

(Anhaltender Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD – Unruhe)

Ich fordere Sie dringlichst auf, nationalsozialistischen Jargon hier im demokratischen Hohen Haus zu unterlassen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Sie haben nun die Möglichkeit, Ihre Ausführungen fortzusetzen.

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, darüber war ich mir jetzt nicht im Klaren. Ich habe hier letztes Mal auch schon gesagt, wir könnten hier einen Geschichtskurs einführen.

(Florian von Brunn (SPD): Schämen Sie sich!)

Staatsminister Mehring hat uns letztes Mal zum Beispiel als "Brunnenvergifter" bezeichnet. Dafür hat es keine Rüge gegeben.

(Unruhe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Sprechen Sie zur Sache, Herr Abgeordneter. Sie haben das Wort.

Oskar Lipp (AfD): Danke, Herr Vizepräsident. – Sie untergraben unsere deutsch-amerikanische Freundschaft.

(Unruhe)

Sie wurde durch die Union jahrzehntelang mehr oder weniger gut gepflegt. Aber aktuell sagt Herr Merz, er möchte unabhängiger von den USA werden. Stellen wir uns einmal in einem Gedankenspiel vor, was passiert, wenn die USA nicht nur Zölle erheben, aktuell sind es 25 %, sondern auch die Gaslieferungen nach Deutschland einstellen, weil hier eben, wie es J.D. Vance in seiner Rede gesagt hat, keine Meinungsfreiheit herrscht,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Um Gottes willen!)

zumindest nicht so, wie Sie es immer deklarieren, meine Damen und Herren. Die Opposition wird hier wirklich drastisch eingeschränkt.

(Lachen bei der CSU – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wo denn? – Weitere Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Unsere Stiftung zum Beispiel, die Desiderius-Erasmus-Stiftung, bekommt keine Mittel, obwohl wir seit über sieben Jahren im Deutschen Bundestag sind. Ihre Stiftungen bekommen Hunderte von Millionen Euro.

(Zurufe)

Sie greifen tief in die Tasche des Steuerzahlers und grenzen uns aus!

(Beifall bei der AfD – Michael Hofmann (CSU): Wir grenzen Radikale und Extremisten aus, und das zu Recht!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dorow zu?

Oskar Lipp (AfD): Nein, aber gerne nach meiner Redezeit.

(Zurufe)

Wir haben diese eine Abhängigkeit von Russland durch die EU-Sanktionen getauscht. Nicht der böse Russe hat nicht mehr geliefert, sondern das ist wegen der EU-Sanktionen. Wir haben diese Abhängigkeit getauscht gegen eine andere Abhängigkeit, nämlich von den USA. Man möchte sich gar nicht vorstellen, was sein wird, wenn da wirklich mal weniger Gas kommt. Es läuft jetzt schon sehr schlecht für unsere Industrie.

(Zurufe)

Dann wird das dazu führen, dass hier wieder Massenarbeitslosigkeit herrscht. Dann hat der Staat auch kein Geld mehr, um diesen Sozialstaat in der Form, wie er jetzt ist, zu finanzieren.

Deswegen ist es nicht rechtsradikal oder irgendetwas anderes, sondern es wäre nur vorausschauend, wenn sich die Staatsregierung auf Bundesratsebene einmal Gedanken macht, was passiert, wenn zwischen den USA und Russland wieder Frieden herrscht, was passiert, wenn es hier ein Freihandelsabkommen gibt.

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, wir müssen schauen, dass wir unsere Wirtschaft wieder vorwärtsbekommen. Deswegen muss jetzt vorausschauend gehandelt werden.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bleiben Sie am Mikrofon. Es gibt eine Zwischenbemerkung. – Herr Kollege, bitte bleiben Sie am Mikrofon. Es gibt eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Alex Dorow, CSU-Fraktion.

(Unruhe)

Alex Dorow (CSU): Herr Kollege Lipp, Entschuldigung, eine Frage, abseits von allen Tiraden, die Sie jetzt gerade losgelassen haben, ganz sachlich: Sie haben gerade behauptet, Russland hätte seine Gaslieferungen immer fristgerecht und vollständig bedient, und führen als Beispiel den Kalten Krieg an. Da haben Sie recht. Das ist aber über dreißig Jahre her. Gemäß Europäischer Energieagentur hat Russland allerdings zwischen September 2021 und Februar 2022 seine Lieferungen schrittweise um 47 % reduziert, um, wie Peskov ein halbes Jahr später sagte, Druck auf den Westen auszuüben. – Was sagen Sie dazu?

(Beifall bei den GRÜNEN – Florian von Brunn (SPD): Dem muss Russland sagen, was er sagen soll!)

Oskar Lipp (AfD): Natürlich ist es nicht in Ordnung, dass hier das Gas als politisches Druckmittel eingesetzt worden ist. Aber man muss auch sehen: Die USA haben jetzt das Druckmittel.

Wir wollen insgesamt unsere leeren Erdgasspeicher wieder auffüllen. Der Füllstand liegt aktuell bei leicht über 35 oder 30 %, Pi mal Daumen. Deswegen wollen wir – ich zumindest – eine solche Situation in Deutschland nicht mehr haben. Wir sollten uns nicht erpressbar machen, egal durch wen, egal ob Freund oder Feind, wie auch immer. Das kann man hier im Hohen Haus sehen, wie man möchte. Wir brauchen eine unabhängige und günstige Energieversorgung.

(Beifall bei der AfD – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Windräder, oder?)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Abgeordneter Singer, AfD-Fraktion, hat sich zu Wort gemeldet.

(Beifall bei der AfD – Florian von Brunn (SPD): Jetzt kommt der Putin-Freund Singer! – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Wahlbeobachter!)

Ulrich Singer (AfD): Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auf ein paar Bemerkungen eingehen, die die Vorredner gebracht haben. Sie, Herr Kollege Dorow, hatten sich gewundert, dass momentan die Verhandlungen quasi ohne die Ukraine stattfinden, ohne Deutschland und auch ohne Europa. – Stellen Sie sich vor, warum das so ist. Es ist doch ganz einfach so: Sie haben drei Jahre Zeit gehabt zu verhandeln und haben nicht verhandelt. Sie lehnen seit Jahren die Verhandlungen ab. Die AfD hat seit Ausbruch des Konflikts Verhandlungen gefordert.

(Beifall bei der AfD – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sagt der unabhängige Wahlbeobachter Singer!)

Ich sage Ihnen auch: Mit einem Trump, mit einer AfD hätte es diesen Krieg nicht gegeben. Wir hätten diesen Krieg verhindert. Hunderttausende Menschen wären jetzt noch am Leben!

(Beifall bei der AfD – Zurufe)

Herr Pohl, es ist unsäglich! Sie wollen kriegstüchtig werden! Das haben Sie hier gesagt. Kriegstüchtig! – Wir müssen erst einmal verteidigungsfähig werden, Herr Kollege.

(Zuruf von der AfD: Bravo!)

Wir fordern seit Jahren Verteidigungsfähigkeit ein.

(Beifall bei der AfD)

Wer hat denn die Bundeswehr über viele Jahre hinweg kaputtgespart? Die Verteidigungsfähigkeit ist nicht gegeben. Sie wollen Kriege führen – wir wollen den Frieden in Europa. Dafür brauchen wir auch Verteidigungsfähigkeit.

(Michael Hofmann (CSU): Ihr wollt nicht Frieden, sondern Knechtschaft! – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Knecht Putins!)

Wir wollen außerdem den Dialog mit Russland. Wir wollen, dass Frieden geschaffen wird. Es ist möglich, mit Russland zu verhandeln, mit Russland zu reden.

(Michael Hofmann (CSU): Entweder seid ihr naiv oder kriminell! Anders kann man das nicht erklären!)

Ihre Sanktionen haben nichts bewirkt. In Russland fahren Autos auf den Straßen, aber halt nicht mehr die deutschen Autos. Die deutschen Firmen haben sich zurückgezogen, und der Markt wird von den Chinesen übernommen. Ich möchte sehen, wie Sie, wenn wieder Frieden ist, diesen Markt zurückerobern wollen. Es kann doch nicht sein, dass man einen Riesenmarkt wie Russland aus Kurzsichtigkeit aufgibt und hier Kriegstreiberei betreibt,

(Michael Hofmann (CSU): Sie lassen sich wohl von jedem kaufen, oder? Schande!)

nur weil man irgendwelche Interessen in der Ukraine verfolgt. Führen Sie den Dialog, schaffen Sie Frieden, und vor allem: Schauen Sie, dass Sie jetzt wieder Brücken bauen. Es kann nicht so weitergehen.

(Michael Hofmann (CSU): Wenn Ihre Wähler wüssten, was Sie gerade erzählen! Um Gottes willen!)

Wir werden in wenigen Wochen hoffentlich einen Frieden in der Ukraine haben. Es wäre ganz schlecht, wenn Deutschland dann nicht mitmacht, sondern weiter diesen verfehlten Kurs der letzten Jahre fährt, der unsäglich viele Tote in der Ukraine geschaffen hat. Kommen Sie zur Besinnung!

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Kommen Sie zur Besinnung! Sie sind Antidemokraten!)

Es ist im Interesse unserer Wirtschaft, dass auf der einen Seite Gas zu uns kommt und wir auf der anderen Seite wieder Autos nach Russland schicken. Dann wird es auch keinen Konflikt mit Russland geben. Schaffen Sie die Sanktionen ab!

(Zurufe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Ulrich Singer (AfD): Das ist der wichtigste Schritt, um für Frieden zu sorgen.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung. Die erste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Abgeordnetem Dorow, CSU-Fraktion. – Sie ziehen zurück? – Dann gibt es die Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordnetem Pargent, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Ich finde Ihre Putin-treuen Aussagen hier nach wie vor skandalös.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Aber dass Sie sich auch noch hinstellen und sagen, mit Ihnen an der Macht in Deutschland hätte es den Krieg und die vielen Toten in der Ukraine nicht gegeben,

(Zuruf von der AfD: Ja, klar!)

ist ein Schlag ins Gesicht all derer, die in der Ukraine kämpfen für ihr Land, für all die Familien, die da dranhängen und die in den letzten Jahren viel Leid, und zwar Leid wegen des Aggressors im Kreml, erleiden mussten. Schämen Sie sich dafür!

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Ulrich Singer (AfD): Herr Kollege, ich bin erstaunt, dass ich so eine unqualifizierte Zwischenbemerkung gerade von Ihrer Partei erleben muss,

(Beifall bei der AfD)

die sich früher dafür eingesetzt hat, dass keine Waffen in Krisengebiete geliefert werden. Jetzt liefern Sie Waffen in Kriegsgebiete. Sie wollen diesen Krieg immer weiter vertiefen.

(Florian von Brunn (SPD): Sie wollen die Macht von Putin mit Gazprom finanzieren!)

Dieses weitere Vertiefen des Krieges führt zu Hunderttausenden Toten. Sorgen Sie endlich für einen Dialog! Sprechen Sie mit Russland, fliegen Sie selber hinüber, machen Sie sich ein Bild vor Ort und schaffen Sie auf diese Weise Frieden! Früher waren Sie einmal eine Friedenspartei. Selbst das haben Sie jetzt verloren. Inzwischen ist die AfD die letzte Friedenspartei, die hier im Hause überhaupt vorhanden ist.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Da können Sie so laut aufschreien, wie Sie wollen. Hier haben wir einen Mann sitzen, der kriegstüchtig werden will statt verteidigungsfähig.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Selbstverständlich!)

Sie wollen Krieg führen, und diesen Krieg haben wir momentan in Europa. Hören Sie damit auf, bevor Europa brennt!

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie wollen sich dem russischen Aggressor ergeben! – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sie sollten in Russland bleiben, wenn es dort so schön ist!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende. Vielen Dank, Herr Abgeordneter Singer.

(Beifall bei der AfD)

– Ich habe Sie noch nicht aufgerufen, Herr Atzinger, bitte. Aber Sie können gerne hier warten. – Herr Abgeordneter Atzinger hat die Gelegenheit zu einer persönlichen Erklärung zur Aussprache nach § 112 unserer Geschäftsordnung. – Ich weise Sie darauf hin, dass Sie die Gelegenheit haben, Angriffe auf Sie zurückzuweisen oder auch sich in Ihren eigenen Ausführungen zu berichtigen. Zur Sache selbst dürfen Sie nicht sprechen. Bitte sehr.

Oskar Atzinger (AfD): Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist nicht richtig, Herr Kollege Pohl, dass ich aus der Partei "Die Republikaner" ausgeschlossen wurde, weil ich denen zu rechts war.

(Florian von Brunn (SPD): Aber Sie sind ausgeschlossen worden!)

Zwei Ausschlussanträge sind gescheitert. Beim dritten Antrag bin ich ausgeschlossen worden, weil ich angeblich den Landes- und den Bezirksvorsitzenden beleidigt und tötlich angegriffen habe. Angeblich!

(Lachen bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD – Michael Hofmann (CSU): Noch besser! Das glauben wir Ihnen sofort!)

Aber ich sage Ihnen: Gegenüber dem Landes- und dem Bezirksvorsitzenden sind wir beide noch Grischperl.

(Zuruf: Aber er lebt noch, oder?)

– Das weiß ich nicht. – Aber letzter Satz: Der wahre Grund, warum dieser Ausschlussantrag initiiert wurde, war, dass ich gewählter Kassenprüfer des Landesverbandes Bayern war und der Landesvorsitzende mit allen Mitteln verhindern wollte, dass ich die Kasse prüfe, und das hatte seinen Grund.

(Lachen – Unruhe – Johannes Becher (GRÜNE): Der Beitrag zum unsinnigen Donnerstag!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung. Sie haben dafür drei Minuten Zeit. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 16:21 bis 16:24 Uhr)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, konnten Sie Ihre Stimme abgeben? – Das ist ganz offensichtlich der Fall. Damit ist die Abstimmung geschlossen.

Ich möchte Sie noch darauf hinweisen, dass ich mir vorbehalte, mit dem Präsidium ein Ordnungsgeld gegen den Abgeordneten Lipp zu verhängen wegen eines besonders schweren Verstoßes gegen unsere Geschäftsordnung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir werden es nicht dulden, dass nationalsozialistischer Jargon hier im Hohen Hause Einzug hält. Vor diesem Hintergrund wird das Präsidium bis zur nächsten Sitzung beraten, ob hierfür auch ein Ordnungsgeld zu bezahlen ist. Ich gebe Ihnen dies nach § 116a Absatz 1 Satz 5 der Geschäftsordnung hiermit bekannt. In Kürze gebe ich auch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD –
Unterbrechung von 16:25 bis 16:26 Uhr)

Wir haben das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Frieden in der Ukraine: Abschaffung der Gasspeicherumlage und Wiederaufnahme günstiger Gasimporte – jetzt!" auf Drucksache 19/5203. Mit Ja haben 25 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 105 Abgeordnete. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/5204 mit 19/5206 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss: 16:26 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 27.02.2025 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion AfD; Frieden in der Ukraine: Abschaffung der Gasspeicherumlage und Wiederaufnahme günstiger Gasimporte - jetzt! (Drucksache 19/5203)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin		X		Eberwein Jürgen			
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin	X		
Arnold Dieter				Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst		X		Eisenreich Georg			
Artmann Daniel				Enders Susann		X	
Atzinger Oskar	X						
				Fackler Wolfgang			
Bäumler Nicole				Fehlner Martina		X	
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane		X	
Baumann Jörg	X			Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl		X	
Baur Konrad				Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick			
Becher Johannes		X		Friesinger Sebastian			
Beck Tobias				Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara			
Dr. Behr Andrea				Füracker Albert			
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz	X			Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten			
Birzele Andreas		X		Goller Mia		X	
Blume Markus				Gotthardt Tobias			
Böhm Martin	X			Graupner Richard	X		
Börtl Maximilian		X		Grießhammer Holger			
Bozoglu Cemal		X		Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert		X		Groß Johann		X	
von Brunn Florian		X		Gross Sabine			
Dr. Brunnhuber Martin		X		Grossmann Patrick			
Dr. Büchler Markus		X		Guttenberger Petra		X	
Celina Kerstin		X		Prof. Dr. Hahn Ingo			
				Halbleib Volkmar		X	
Deisenhofer Maximilian		X		Halemba Daniel	X		
Demirel Gülseren		X		Hanna-Krahl Andreas			
Dierkes Rene				Hartmann Ludwig		X	
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard			
Dietz Leo		X		Heisl Josef			
Dorow Alex		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim			
Dünkel Norbert				Hierneis Christian		X	
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Martin	X		
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn			
Jurca Andreas			
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia		X	
Köhler Florian	X		
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim			
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne		X	
Lausch Josef			
Lettenbauer Eva		X	
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar	X		
Locke Felix			
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes	X		
Meußgeier Harald	X		
Meyer Stefan			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann	X		
Müller Ruth		X	
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzingler Stephan		X	
Osgyan Verena		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazzolo Michael		X	
Pirner Thomas			
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris		X	
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus		X	
Rittel Anton		X	
Roon Elena	X		
Saller Markus			
Schack Jenny			
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry			
Schießl Werner		X	
Schmid Franz			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Stadler Ralf	X		
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona	X		
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus	X		
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif		X	
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von Waldenfels Kristan			
Waldmann Ruth			
Weber Laura			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja		X	
Widmann Jutta			
Winhart Andreas	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	25	105	0

Sie wollen Krieg führen, und diesen Krieg haben wir momentan in Europa. Hören Sie damit auf, bevor Europa brennt!

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie wollen sich dem russischen Aggressor ergeben! – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sie sollten in Russland bleiben, wenn es dort so schön ist!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende. Vielen Dank, Herr Abgeordneter Singer.

(Beifall bei der AfD)

– Ich habe Sie noch nicht aufgerufen, Herr Atzinger, bitte. Aber Sie können gerne hier warten. – Herr Abgeordneter Atzinger hat die Gelegenheit zu einer persönlichen Erklärung zur Aussprache nach § 112 unserer Geschäftsordnung. – Ich weise Sie darauf hin, dass Sie die Gelegenheit haben, Angriffe auf Sie zurückzuweisen oder auch sich in Ihren eigenen Ausführungen zu berichtigen. Zur Sache selbst dürfen Sie nicht sprechen. Bitte sehr.

Oskar Atzinger (AfD): Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist nicht richtig, Herr Kollege Pohl, dass ich aus der Partei "Die Republikaner" ausgeschlossen wurde, weil ich denen zu rechts war.

(Florian von Brunn (SPD): Aber Sie sind ausgeschlossen worden!)

Zwei Ausschlussanträge sind gescheitert. Beim dritten Antrag bin ich ausgeschlossen worden, weil ich angeblich den Landes- und den Bezirksvorsitzenden beleidigt und tötlich angegriffen habe. Angeblich!

(Lachen bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD – Michael Hofmann (CSU): Noch besser! Das glauben wir Ihnen sofort!)

Aber ich sage Ihnen: Gegenüber dem Landes- und dem Bezirksvorsitzenden sind wir beide noch Grischperl.

(Zuruf: Aber er lebt noch, oder?)

– Das weiß ich nicht. – Aber letzter Satz: Der wahre Grund, warum dieser Ausschlussantrag initiiert wurde, war, dass ich gewählter Kassenprüfer des Landesverbandes Bayern war und der Landesvorsitzende mit allen Mitteln verhindern wollte, dass ich die Kasse prüfe, und das hatte seinen Grund.

(Lachen – Unruhe – Johannes Becher (GRÜNE): Der Beitrag zum unsinnigen Donnerstag!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung. Sie haben dafür drei Minuten Zeit. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 16:21 bis 16:24 Uhr)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, konnten Sie Ihre Stimme abgeben? – Das ist ganz offensichtlich der Fall. Damit ist die Abstimmung geschlossen.

Ich möchte Sie noch darauf hinweisen, dass ich mir vorbehalte, mit dem Präsidium ein Ordnungsgeld gegen den Abgeordneten Lipp zu verhängen wegen eines besonders schweren Verstoßes gegen unsere Geschäftsordnung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Geschäftliches

(Beginn: 14:01 Uhr)

Präsidentin Ilse Aigner: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 44. Voll-sitzung des Bayerischen Landtags. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich eine Reihe von Glückwünschen aussprechen: Am 28. Februar konnte Kollege Julian Preidl einen runden Geburtstag begehen. Heute haben gleich drei Kollegen Geburtstag: unser Vizepräsident Alexander Hold, unser Kollege Thomas Holz und der Kollege Johannes Meier. Allen Geburtstagskindern heute und nachträglich alles Gute zum Geburtstag!

(Allgemeiner Beifall)

Ich freue mich ganz besonders, unsere Freunde aus unserem Partnerparlament, der Nationalversammlung in Québec, unter der Leitung von Frau Präsidentin Nathalie Roy und in Begleitung der Generaldelegierten von Québec in München, Frau Geneviève Rolland, auf der Ehrentribüne hier in München herzlich willkommen zu heißen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich will dazu noch ein paar Takte sagen: Der Austausch mit Québec hat wirklich eine lange Tradition. Die Partnerschaft zwischen unseren beiden Parlamenten besteht nun schon seit 26 Jahren. Es ist das 15. Mal, dass sich die Gemischte Parlamentarische Kommission trifft und tagt. Sie ist von unserer Seite aus mit den Mitgliedern des Präsidiums besetzt. Gemeinsam werden wir in den nächsten Tagen ein sehr hochka-rätiges Arbeitsprogramm absolvieren, nämlich mit Diskussionen zu den Wahlen hier bei uns, aber auch zu den Wahlen in Kanada, zum Umgang mit der neuen US-Admi-nistration oder dem russischen Krieg in der Ukraine. Wir führen Fachdiskussionen zur Medienkompetenz von Jugendlichen und zum Katastrophenschutz. Wir schauen uns Großprojekte der TUM an. Gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium feiern wir den Tag der Frankophonie.

Wir durchleben zurzeit sehr schwierige internationale Beziehungen. Da sind neue Unsicherheiten durchaus auch gewollt – einerseits als Verhandlungsstrategie und andererseits als Teil der Kriegsführung. Umso wichtiger ist es, sich auf Freunde verlassen zu können. Wir glauben nicht, dass es guttut, wenn jeder nur den Nutzen für sich selbst maximiert. Wir sind der festen Überzeugung, dass Freiheit und Freundschaft Werte an sich sind und dass beide Seiten in einer Freundschaft auf Augenhöhe profitieren können. Mir ist diese Freundschaft über die Jahre wirklich sehr ans Herz gewachsen. Die Wertschätzung und Zuwendung zwischen Québec und Bayern, zwischen der Nationalversammlung und dem Landtag, sind wirklich außergewöhnlich. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich heiße Sie noch einmal ganz herzlich hier im Bayerischen Landtag willkommen. Es ist mir eine große Ehre.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie bitten, sich zu einem Gedenken von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 5. März ist im Alter von 76 Jahren Manfred Jena verstorben. Er gehörte dem Bayerischen Landtag zwischen 1982 und 1986 an und vertrat die SPD im Wahlkreis Oberbayern. Er war Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden sowie Mitglied im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes. Als Diplom-Rechtspfleger arbeitete Manfred Jena im Justizdienst und war bis zu seinem vorläufigen Ausscheiden aus dem aktiven Staatsdienst Personalratsvorsitzender beim Amtsgericht München. Über Jahrzehnte war er in verschiedensten Funktionen in der Gewerkschaft "Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr" tätig. Nach seinem Ausscheiden aus dem Bayerischen Landtag kehrte er in den Justizdienst zurück. Manfred Jena brachte in seinem Leben Gesetzgebung und Rechtspflege sehr professionell zusammen. Der Bayerische Landtag trauert mit seinen Angehörigen und wird Manfred Jena ein ehrendes Gedenken bewahren. –

Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Bevor wir jetzt fortfahren, muss ich auf eine Aussage des Abgeordneten Oskar Lipp aus der letzten Plenarsitzung zurückkommen. Dieser hat im Rahmen des Tagesordnungspunktes 15, Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion "Frieden in der Ukraine: Abschaffung der Gasspeicherumlage und Wiederaufnahme günstiger Gasimporte – jetzt!" Folgendes geäußert: "Meine Damen und Herren, Sie wollen weiterhin den Endsieg."

Wie Sie sicherlich noch wissen, hat Vizepräsident Markus Rinderspacher in diesem Zusammenhang einen Ordnungsruf ausgesprochen und sich ausdrücklich die nachträgliche Verhängung eines Ordnungsgeldes durch das Präsidium vorbehalten. Das Präsidium ist zwischenzeitlich zu einer Sitzung zusammengekommen und dabei nach eingehender Beratung zu dem Schluss gekommen, dass die Äußerungen des Abgeordneten Lipp eine erhebliche Verletzung der Ordnung und Würde des Landtags darstellen, für deren Ahndung auch nach Abwägung mit der verfassungsrechtlich verbrieften Redefreiheit der Abgeordneten und dem freien Mandat ein Ordnungsruf nicht mehr ausreicht. Im Einvernehmen mit dem damals sitzungsleitenden Herrn Vizepräsidenten Markus Rinderspacher hat das Präsidium daher übereinstimmend entschieden, den gegenüber dem Abgeordneten Oskar Lipp ausgesprochenen Ordnungsruf durch ein nachträgliches Ordnungsgeld in Höhe von 1.000 Euro zu ersetzen.

Der Begriff "Endsieg" wurde im Zweiten Weltkrieg, insbesondere in der letzten Phase des Krieges, als eine Beschwörungsformel der NS-Propaganda verwendet. Er implizierte dabei nicht nur den militärischen Sieg Deutschlands, sondern war darüber hinaus stark mit der rassistischen Ideologie des Nationalsozialismus verbunden, insbesondere mit der Idee der rassistischen Überlegenheit der deutschen bzw. der arischen Herrenrasse.

Dass ein solcher Begriff heute wieder in einem deutschen Parlament Verwendung findet, stellt aus Sicht des Präsidiums eine nicht hinnehmbare verbale Entgleisung

dar. Ein solches Gebaren verstößt fundamental gegen die grundlegenden Prinzipien der deutschen Erinnerungskultur als Teil der bayerischen Staatsräson; denn die Arbeit des Landtags basiert auf Respekt, demokratischer Ordnung und der historischen Verantwortung für die NS-Verbrechen.

Dass der Begriff "Endsieg" gerade im Kontext des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine verwendet wurde, kommt vor dem Hintergrund der historischen Bedeutung zudem einer Täter-Opfer-Umkehr gleich. Die Täterrolle von Russland als Aggressor wird verschleiert, während die Ukraine als eigentliches Opfer, das um seine territoriale Integrität und seine nationale Existenz kämpft, in die Rolle des Aggressors gerückt wird. Die Behauptung, andere im Landtag vertretene Fraktionen und Abgeordnete wollten durch die Unterstützung der Ukraine weiterhin den "Endsieg" herbeiführen, beinhaltet damit nicht nur eine bewusste Provokation, sondern auch eine grobe Herabwürdigung der angesprochenen Personen.

Bei der Festlegung der Höhe des Ordnungsgeldes hat das Präsidium dem Abgeordneten zugutegehalten, dass gegen ihn in der Vergangenheit noch keine Ordnungsmaßnahme verhängt werden musste. Erschwerend berücksichtigt wurde dagegen, dass die Äußerung des Abgeordneten nicht wie eine impulsive Spontanäußerung wirkte. Zwischenzeitlich hat der Abgeordnete in einem Schreiben sogar eingeräumt, den Begriff "Endsieg" bewusst gewählt zu haben, wobei ihm – so schreibt er selbst – selbstverständlich bewusst war, dass dieser Begriff emotional hoch aufgeladen ist. Hierdurch wiegt seine Formulierung aus Sicht des Präsidiums umso schwerer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich appelliere an Sie alle, auch in bewegten und sehr schwierigen Zeiten Ihre Redebeiträge so zu gestalten, dass sie dem Ansehen und der Würde unseres Hohen Hauses entsprechen. In diesem Sinne hoffe ich auf eine konstruktive und sachliche Debatte in der Zukunft.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in den TOP 1 einsteigen, wird gemäß § 14 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung noch bekannt gegeben, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als stellvertretendes Mitglied im Ältestenrat die Kollegin Stephanie Schuhknecht anstelle der Kollegin Gülseren Demirel benannt hat.

Außerdem weise ich darauf hin, dass unter den Tagesordnungspunkten 3 und 4 wieder zwei Wahlen mit der Namenskarte stattfinden. Sie kennen das Prozedere. Ich bitte Sie, Ihre Stimmkartentaschen abzuholen.